

# 1000 Einwohner mehr für Weinstadt

OB-Kandidat Michael Scharmann will durch höhere Steuereinnahmen die finanzielle Lage der Stadt entspannen

## **Weinstadt.**

Wie der OB-Kandidat Michael Scharmann mitteilt, will er bei einer Wahl zum Weinstädter Oberbürgermeister den Wohnbau in der Stadt vorantreiben. „Weinstadt könnte 1000 Einwohner mehr gut brauchen“, so Michael Scharmann in einer Pressemitteilung. Denn zusätzliche Bevölkerung bringe höhere Steuereinnahmen und könne so helfen, die angespannte finanzielle Lage zu entspannen. Grob gerechnet bekomme die Stadt im Moment für jeden Einwohner 650 Euro im Jahr als Anteil an der Einkommensteuer, so Scharmann weiter. 1000 zusätzliche Weinstädter bedeuteten demnach 650 000 Euro jährlich mehr in der Stadtkasse. Damit ließe sich nach Ansicht Scharmanns auch das Problem der sanierungsbe-

dürftigen Schulen angehen. Zudem stärke das den Einzelhandelsstandort Weinstadt. Die Finanzplanung der Stadt sieht aus dem Einkommensteuer-Anteil für 2017 Einnahmen von 17,8 Millionen Euro und für 2018 von 18,3 Millionen vor. Mehr Einwohner würden diese Finanzierungsquelle, die derzeit ein Viertel des Stadtetats trägt, laut Scharmann stärken.

Die Zeiten für eine Steigerung der Bevölkerungszahl seien günstig, sagt der OB-Kandidat. „Die Region will den Wohnungsbau forcieren, denn wir sind wegen der guten Konjunktur und der vielen Arbeitsplätze immer noch Zuzugsregion.“ Weinstadt ist als Wohnbauschwerpunkt ausgewiesen. Allein das Baugebiet Halde V könnte Wohnungen für 500 Menschen, bei entsprechen-

der Bebauung möglicherweise mehr, bringen. Scharmann möchte hier vor allem junge Familien ansiedeln, die eine mittel- und langfristige Wohnperspektive suchen. „Das können wir erreichen, indem wir Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser, Wohnungen, Miet- und Eigentumsobjekte auch in Form von Mehrgenerationenhäusern kombinieren“, so der OB-Kandidat.

## **Finanzierung sichern**

Scharmann betont, das Baugebiet müsse komplett von der Stadt umgesetzt werden. Mitfinanziert werden müsse das Ganze über den Verkaufspreis der Grundstücke. Die Stadt sei nicht finanzstark genug, um

bei Finanzierung, Ausweisung, Erschließung und Folgekosten des Baugebietes Verlust zu machen: „Wir werden das weder durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer noch der Kindergartengebühren finanzieren.“ Bei den Grundstückspreisen müsse daher mit offenen Karten gespielt werden. „Da geistern Mondpreise durch den Raum, dabei steht im Haushaltplan der Stadt ganz klar, wir nehmen rund sieben Millionen Euro an Krediten auf, um den Grunderwerb zu finanzieren. Und wir rechnen mit Grundstückserlösen von 9,7 Millionen Euro, um den Kredit bis 2019 wieder zu tilgen“, so Scharmann. Das bedeute jedoch nicht, dass die Stadt 2,7 Millionen Euro Gewinn mache, zunächst müsse sie ihre Kosten decken.